

U7-Verlängerung zum BER: Schönefelds Bürgermeister fordert nächsten Schritt



Berlin. Schönefelds Bürgermeister Christian Hentschel warnt vor einem drohenden Verkehrskollaps: „Schönefeld ist eine Pendlergemeinde, wir haben aktuell zwar 19.500 Einwohner, aber 17.000 Einpendler in Schönefeld. Wir erwarten schlimmstenfalls 35.000 Fahrgäste am Tag am U-Bahnhof Rudow, die in den Bus einsteigen wollen, viele davon Richtung Schönefeld.“

Wenn zusätzlich der Flughafen BER mit bis zu 50 Millionen Fluggästen jährlich unter Höchstlast fliegt, sind solche Verkehre mit dem Bus allein Bus nicht realisierbar. Christian Hentschel will unbedingt verhindern, dass die Menschen auf das Auto ausweichen und setzt auf den zügigen Weiterbau der U-Bahn Linie 7 von Rudow über Schönefeld zum BER.

Unterstützung erhält er dabei von den ortsansässigen Unternehmen. Thomas Graf, Geschäftsführer der Alpine Immobilien GmbH, sagt: „Die Fahrt zum BER ist nicht nur der Beginn einer Geschäfts- oder Urlaubsreise. Für Tausende ist sie der tägliche Weg zur Arbeit. Eine verlängerte U7 verbindet viele Berliner Wohngebiete direkt mit Schönefeld und ersetzt unzählige Fahrten mit dem PKW. Unsere Mieterinnen und Mieter im BB Business Hub schätzen es sehr, den Bahnhof Schönefeld in fünf Fußminuten zu erreichen. Für sie und alle weiteren Beschäftigten im Zentrum von Schönefeld würde die U-Bahn die ÖPNV-Anbindung massiv verbessern.“

Bürgermeister Hentschel möchte jetzt den nächsten Schritt gehen und hat alle Entscheiderinnen und Entscheider im November ins Rathaus eingeladen. Dabei soll abgestimmt werden, wer sich an einer jetzt notwendigen Nutzen-Kosten-Analyse beteiligt. Sie kostet etwa 150.000 Euro und ist zwingend notwendig für eine mögliche Bundesförderung.

Bereits Anfang 2021 bescheinigte eine Machbarkeitsstudie der BVG die Umsetzbarkeit der U7-Verlängerung. In der teuersten Variante wird mit Gesamtkosten in Höhe von 800 Mio. Euro gerechnet. Bürgermeister Hentschel einigte sich im Frühjahr 2022 mit dem Landkreis und der Flughafengesellschaft auf eine Trassenführung. Diese liegt dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg seit Mai vor.